

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesgesundheitsministerin, zieht Bilanz aus zehn Jahren sozial-liberaler Gesundheitspolitik: Neuland mutig betreten.

Seite 1/2

Karsten D. Voigt MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, zum Charta '77-Prozeß: Die Unrechtsurteile müssen weg!

Seite 3

Hermann Heinemann, Vorsitzender des SPD-Sportbeirats, sieht: Die CDU hat sportpolitischen Nachholbedarf.

Seite 4

Ulrich Dübber MdB befürwortet eine Verbesserung der Radio-Nachtversorgung: ARD und Deutschlandfunk sollten zusammenarbeiten.

Seite 5

Dokumentation

Brief von Gerd Walter MdEP an den Chefredakteur der Lübecker Nachrichten zur CSU-NS-These.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 205

24. Oktober 1979

Neuland mutig betreten

Zehn Jahre sozial-liberale Politik im Dienste der Gesundheit

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit
Mitglied des SPD-Präsidiums

"Für eine Politik, die dem Menschen dienen will, muß die Gesundheit aller Bürger eine Aufgabe ersten Ranges sein." Diese Worte, mit denen der damalige Bundeskanzler Willy Brandt den Gesundheitsbericht der Bundesregierung 1971 einleitete, waren und sind das oberste Prinzip der Gesundheitspolitik der sozial-liberalen Koalition. Für diese Koalition ist die Gesundheitspolitik eine vorrangige gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie hat dies mit einer Vielzahl von gesundheitspolitischen Reformen und Maßnahmen bewiesen. Gesundheitspolitik ist in ihren mannigfachen Bezügen und Wechselwirkungen zu anderen Politikbereichen nicht an enge Ressortgrenzen gebunden. Sie hat die Aufgabe, im Rahmen der Daseinsvorsorge die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Bürger unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage die gleichen Chancen zur Erhaltung und Wiederherstellung ihrer Gesundheit erhalten.

Ein Vergleich der im Gesundheitsbericht 1971 genannten zehn Schwerpunkte moderner Gesundheitspolitik - Gesundheitsvorsorge, gesundheitliche Aufklärung, wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, gesunde Umwelt, Lebensmittelrechtsreform, Arzneimittelrechtsreform, Giftrechtsreform, Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs, Ausbildungsreform der Heilberufe und Forschung - mit den inzwischen geleisteten und den noch zu bewältigenden Aufgaben zeigt, daß die überwiegende Mehrzahl der zu Beginn der sozial-liberalen Koalition Angriff genommenen Reformen inzwischen erfolgreich abgeschlossen wurden. Andererseits wird aber auch deutlich, daß es sich um Daueraufgaben handelt, die



nicht mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt als erfüllt abgehakt werden können. Mehr noch als andere Politikbereiche muß die Gesundheitspolitik immer wieder prüfen, ob sie den veränderten und vielfach gestiegenen Anforderungen und Notwendigkeiten unserer Zeit entspricht und welche Weiterentwicklungen in Funktion und Aufgabenstellung notwendig sind, um die Gesundheit und die gesundheitliche Vorsorge der Bürger in Gegenwart und Zukunft zu gewährleisten. Die steigenden Gesundheitsgefährdungen durch die zunehmende Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden sind ebenso wie die Kostenexplosion im Gesundheitswesen Beispiele für wachsende und sich ändernde Anforderungen.

In den vergangenen Jahren sind wichtige Durchbrüche erzielt worden. Die Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten wurden gesundheitsgerechter gestaltet: Verstärkter Umweltschutz ist zu einem der Grundpfeiler und Prinzipien der gesamten Politik geworden. Durch die Gesamtreform des Lebensmittelrechts konnte der Schutz des Verbrauchers entscheidend verbessert, der Ausbau des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz durch eine Vielzahl von gesetzlichen Maßnahmen erreicht werden. Das Umweltchemikaliengesetz ist ein weiterer entscheidender Schritt auf diesem Wege, dem Schutz vor Gesundheitsgefährdungen gegenüber allen wirtschaftlichen Belangen Vorrang einzuräumen.

Die notwendige Schwerpunktverlagerung von Krankheitsbehandlung hin zur vorbeugenden Gesundheitssicherung wurde eingeleitet, sowohl mit der Einführung von Programmen zur Krankheitsfrüherkennung, der sozialen Krankenversicherung wie auch mit der Verbesserung der Gesundheitserziehung. Die Intensivierung der Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit gerade auf diesem Gebiet sind ein Beweis dafür, wie ernst wir es mit dieser Prioritätensetzung nehmen.

Die Leistungen der Krankenversorgung und Rehabilitation wurden erheblich erweitert und verbessert, bestehende Mängel und Lücken weitgehend behoben. Die anstehende Reform der psychiatrischen Versorgung ist ein Prüfstein für Staat und Gesellschaft, zu beweisen, wie ernst sie es mit ihrem Anspruch nehmen, allen Bürgern eine bedarfsgerechte - und das heißt auch und vor allem: eine humane - Versorgung zu garantieren.

Mit der Neuordnung des Arzneimittelrechts wurde für ein Höchstmaß an Arzneimittelsicherheit gesorgt, mit der Approbationsordnung die Reform der ärztlichen Ausbildung erreicht und mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die Grundlage für die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser geschaffen.

In der Psychiatrie wird der Bund mit den Ländern in größeren Modellen neue richtungsweisende Wege erproben. So gilt es, Neuland mutig zu betreten, Erfahrungen zu machen, aus ihnen zu lernen und die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Die sozial-liberale Koalition hat sich dieser Aufgabe gewachsen gezeigt. (-/24.10.1979/ks/ca)

+ + +



Die Unrechtsurteile müssen weg!

CSSR-Behörden belasten KSZE-Nachfolgekonferenz

Von Karsten D. Voigt MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Ein Prager Gericht hat tschechoslowakische Bürgerrechtler verurteilt. In den Augen der internationalen Öffentlichkeit aber sitzen nicht tschechoslowakische Bürgerrechtler, sondern das Gericht und die für das Unrechtsurteil mitverantwortlichen politischen Organe in Prag auf der Anklagebank.

Die Anhänger der "Charta '77" haben die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Menschen- und Bürgerrechte praktiziert. Jedes Urteil gegen sie ist deshalb ein Unrechtsurteil gegen die Menschen- und Bürgerrechte in der CSSR. Die Behörden der CSSR wenden staatliche Machtmittel an, die wohl als Zeichen der Stärke gelten sollen und in den Augen der internationalen Öffentlichkeit doch nur als Symbol innerer Schwäche gewertet werden können. Nur Regierungen, die sich schwach fühlen, besitzen nicht die Stärke, ihre Kritiker zu tolerieren.

Es sollte den politisch Verantwortlichen in Prag doch zu denken geben: Nicht nur Sozialdemokraten, Liberale, Christdemokraten und Konservative, sondern auch mehrere westeuropäische kommunistische Parteien distanzieren sich scharf von der Anklage und der Verurteilung der tschechoslowakischen Bürgerrechtler. Die Behörden der CSSR isolieren sich durch ihre Praxis auch von den osteuropäischen Ländern, die mit größerer Gelassenheit und Selbstsicherheit auf Bürgerrechtler und politische Kritik reagieren.

Man muß sich fragen: Wollen die Prager Behörden durch ihre Praxis im Jahr vor der KSZE-Nachfolgekonferenz eine politische Diskussion provozieren, in denen sich wie vor Belgrad die Kontroversen auf die Probleme des Korbes III der KSZE-Schlußakte konzentrieren? Wir Sozialdemokraten sind nach wie vor an einem erfolgreichen Verlauf der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz und an einer gleichgewichtigen Behandlung aller Bereiche der KSZE-Schlußakte interessiert. Wir wollen den KSZE-Prozeß zusätzlich durch eine Sonderkonferenz zu vertrauensbildenden Maßnahmen beleben. Sind die Prager Behörden sich eigentlich gar nicht darüber im klaren, daß Konflikte in einem Bereich des KSZE-Prozesses sich auch negativ auf konstruktive Ansätze in anderen Feldern auswirken könnten? Wenn schon nicht aus Einsicht, so sollten die Prager Behörden doch wenigstens aus politischer Klugheit nicht die KSZE-Konferenz, die mit dem Wahlkampf der USA und der Bundesrepublik Deutschland beginnt, durch ihr Vorgehen gegen Bürgerrechtler und politische Kritiker belasten.

Wir Sozialdemokraten werden nicht aufhören, gegen diese und andere Unrechtsurteile zu protestieren. Wir fordern die Freilassung der zu Unrecht verurteilten tschechoslowakischen Bürgerrechtler. Wir fordern die Prager Behörden auf, die Ausbürgerung Pavel Kohouts rückgängig zu machen.
(-/24.10.1979/ks/ca)



CDU hat sportpolitischen Nachholbedarf

Sportkongreß bombastisch, aber mit schwacher Parteiprominenz

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Mit einem offensichtlich zu bombastisch geratenen Sportkongreß "Zukunft des Sports" versuchte die CDU, ihren seit Jahren bestehenden sportpolitischen Nachholbedarf zu decken.

Eine in Ansätzen umfassende Sportpolitik und sportpolitische Programmatik kann die CDU erst seit 1974 vorweisen. Auch die Tatsache, daß bei diesem "sportpolitischen Großversuch" die Führungspersönlichkeiten der Partei nur schwächlich vertreten waren, läßt Rückschlüsse auf die tatsächliche Bedeutung und Position der Sportpolitik in der CDU zu. Vor allem die Abwesenheit des Parteivorsitzenden Helmut Kohl und die schwache Präsenz führender CDU-Landespolitiker ist wenig überzeugend.

Die fast lückenlose Konzentration dieses Kongresses auf Leistungs-, Berufssports und finanzielle Fragen macht die Mängel der CDU-Sportpolitik im Verhältnis zum Breiten- und Freizeitsport sowie den sozialen Aufgaben des Sports deutlich. Widersprüchlich bleibt, daß sich die CDU einerseits gegen die zunehmende Kommerzialisierung des Sports ausspricht, auf der anderen Seite aber eine steuerliche Begünstigung bis zu 20.000 DM bei der Zahlung von Ablösesummen bereits im Amateursport fordert. Nicht zuletzt aufgrund von Fehlentwicklungen im Kinder- und Jugendsport versucht die CDU nunmehr von ihrem bedingungslosen Leistungssport-Marathon abzurücken. Der insbesondere von der SPD forcierten Forderung nach einem "humanen Leistungssport" kann sich auch die Opposition nicht mehr entziehen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die SPD nachdrücklich die vom Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, Willi Daume, bei diesem Kongreß bekräftigte Absicht einer Kommission des IOC, die olympischen Zulassungsbestimmungen des Internationalen Olympischen Komitees im Interesse der Chancengleichheit der Sportler baldmöglichst zu liberalisieren und zeigerechten Entwicklungen des Weltsports anzupassen. Dabei sollten auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland Regelungen für die Werbung im Sport gefunden werden, die in erster Linie den Interessen der Sportvereine und Sportfachverbände entsprechen.

(-/24.10.1979/v0-he/ca)



Die Radio-Nachtversorgung wird besser

Die ARD sollte mit dem Deutschlandfunk zusammenarbeiten

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Medienpolitik der SPD-Fraktion

Die ARD-Rundfunkanstalten planen ab 1980 ein zweites Hörfunk-Nachtprogramm neben der bereits vorhandenen Sendereihe "Bis zwei dabei" und "Musik bis zum frühen Morgen". Die Schlager (U-Musik) sollen durch ein Programm mit ernster (E-Musik) für diejenigen Hörer ergänzt werden, die diese Unterhaltung vorziehen. Aber die Anstalten haben personelle und technische Schwierigkeiten für diese Ausweitung ihrer Produktion. Und es fehlt ihnen an Geld.

Der Deutschlandfunk sendet seit seinem Bestehen ein weiteres Nachtprogramm. Es ist nicht in das ARD-Schema integriert. Besonders in den ersten Nachtstunden wird es bewußt als Kontrast zur ARD gestaltet. In ähnlicher Weise strahlt der Rias rund um die Uhr ein Programm für Berlin und die DDR aus. Nachrichten senden die ARD und der Deutschlandfunk jeweils zur vollen, der Rias zur halben Stunde. Fachleute rechnen mit etwa zwei Prozent ständiger Hörer für ein nächtliches Programm mit Konzerten und klassischer Musik, das wären rund 600.000 Hörer.

Zwei Nachtprogramme der ARD neben einem dritten des Deutschlandfunks lediglich mit Musik und mit meist dürftigen Nachrichten in den ereignisarmen Stunden zwischen null und sechs Uhr können nicht das Optimum an Rundfunkversorgung sein. Ohnehin tut sich die ARD seit Jahren schwer, vor Ministerpräsidenten und Landtagen Gebührenerhöhungen zu begründen. Der Luxus eines (dritten) Nachtprogramms würde ihre Verhandlungsposition nicht stärken. Andererseits treibt das Gefühl der Ohnmacht gegenüber mächtigen Bürokratien die Landtagsabgeordneten zuweilen in erbitterte Protestaktionen. Jahrelang abgelagerter Ärger läßt eines Tages das Faß überlaufen - quod erat demonstrandum.

Die ARD sollte sich für ihr zweites Nachtprogramm mit dem Deutschlandfunk zusammenschließen. Vor dem Hintergrund aktueller rundfunkpolitischer Diskussionen sollte sich erweisen, daß auch große Apparate flexibel sein können und daß Prestige im öffentlich-rechtlichen System keine Rolle spielt.

(-/24.10.1979/vo-he/ca)



D O K U M E N T A T I O N

Gerd Walter, schleswig-holsteinischer SPD-MdEP, hat an den Chefredakteur der "Lübecker Nachrichten", Martin Wein, folgenden Brief zu der Auseinandersetzung um die CSU-NS-These geschrieben.

Sehr geehrter Herr Wein,

es gehört zu den vornehmen Traditionen westlicher Presse, daß sie eine eigenständige und unabhängige Meinung vertritt. Und es sollte für Politiker einen ungeschriebenen Grundsatz der "Nichteinmischung" geben, wenn Presse diese Aufgabe wahrnimmt.

Dennoch veranlaßt mich Ihr Kommentar vom Sonntag, den 14.10.79, unter dem Titel "Wieder Schattenboxen" zu öffentlicher Kritik. In diesem Beitrag beschäftigen Sie sich mit der durch "christliche" Politiker vorgenommenen Gleichstellung von Nationalsozialismus und Sozialismus. Sie kritisieren die CSU, die dies zu einem "Politikum von heute" gemacht habe.

Gleichzeitig setzen Sie sich aber mit dem dahinterstehenden Problem grundsätzlich auseinander. In diesem Zusammenhang nennen Sie die folgende Behauptung "eine historische Binsenweisheit": "Geistesgeschichtlich... sind in der Tat beim international orientierten Sozialismus und beim Nationalsozialismus Denkanstöße zu finden, die übereinstimmend der jeweiligen Ideologie einen totalitären Anspruch einräumen und kollektivistische Lebensformen anstreben."

Ihr Kommentar vergleicht Unvergleichbares, er vereinigt unvereinbare Denkrichtungen und politische Bewegungen in vereinfachenden Begriffen und er stellt Menschen, die sich für die Ideen des internationalen Sozialismus im Widerstand geopfert haben an die Seite ihrer Mörder. Es ist ein zu bedauernder Beitrag in der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen heutigen Nachfahren, zu der Ihre Zeitung an anderer Stelle Beiträge geleistet hat. Helmut Sethe hat die Gedanken, die viele Sozialdemokraten bei der Lektüre dieses Kommentars bewegt haben mögen, treffend ausgedrückt: "Daß aber nicht mal eben Nationalsozialismus und Sozialismus in einem Atemzug genannt werden können..., dürfte durch eine schreckliche Wahrheit deutlich sein: Unzählige Sozialisten sind in den KZ's der Nationalsozialisten gestorben! Diesem Beweis für die Unsinnigkeit der Diskussion über Nationalsozialisten und Sozialisten widerspricht nicht, daß auch Regimes, die sich sozialistisch nennen, ebenso barbarisch mit Menschen verfahren." Begründung genug, so meine ich, das Vorgehen der CSU nicht nur aus Gründen der politischen Taktik, sondern grundsätzlich und im Prinzip zurückzuweisen.

Hochachtungsvoll

gez. Gerd Walter

(-/24.10.1979/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

